

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/91

14. Mai 1973

Diskussion um ein erfolgloses Gesetz

-----  
Privatinvestitionen und Entwicklungshilfe

Von Dr. Erhard Eppler MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 95 Zeilen

Für Frieden und Zusammenarbeit

-----  
Überlegungen zum bevorstehenden Breschnew-Besuch

Seite 3 und 3a / 59 Zeilen

CDU fällt auch beim Sport nichts ein

-----  
SPD ist zu praktischen Förderungsmaßnahmen  
bereit

Seite 4 / 43 Zeilen

Die CSU treibt illusionäre Politik

-----  
Bayerns Landesentwicklungsplanung gerät in  
Gefahr

Von Dr. Helmut Rothemann  
Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes  
Bayern

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Diskussion um ein erfolgloses Gesetz

Privatinvestitionen und Entwicklungshilfe

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Im vergangenen Jahr sollte ein Preis vergeben werden für die private, kommerzielle Investition in einem Land der Dritten Welt, die den besten entwicklungspolitischen Erfolg aufzuweisen hatte. Das Preisrichterkollegium einer Stiftung, die für manche hervorragende entwicklungspolitische Initiative in den letzten Jahren bekannt geworden ist, teilte nun vor wenigen Wochen mit, daß es bei aller Mühe und nach Sichtung zahlreicher Vorschläge kein Projekt gefunden habe, das die Auszeichnung verdient. Es handelt sich bei der Jury keineswegs um Gegner des privaten Unternehmertums. Der Gründer der Stiftung, die den Preis verleihen sollte, ist selbst Unternehmer; insgesamt sind drei Unternehmer und ein CDU-Abgeordneter in dem Gremium.

Trotzdem kam es jetzt zu dem Schluß, daß keines der vorgeschlagenen Beispiele für "private Entwicklungshilfe" den Anspruch genügt, der der Ausschreibung zugrunde lag. Denn neben betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kriterien sollten mindestens einige der folgenden entwicklungspolitischen Fragen positiv beantwortet werden: Hilft das Projekt bei der systematischen Aus- und Weiterbildung von Menschen in einem Entwicklungsland und fügt sich diese Ausbildung in das Bildungssystem des Landes ein? Schafft es produktive Arbeitsplätze und hilft damit die Not der Arbeitslosigkeit lindern? Wird eine Technologie angewandt, die der Situation des Landes angemessen ist? Verbessert es die Versorgung der Bevölkerung, die Infrastruktur, die Zahlungsbilanz? Ändert es etwas an der Einkommensverteilung? Schließlich: Ist der Einsatz dieser privaten Investition in der Lage, gesellschafts- und sozialpolitische Initiativen zu fördern?

Auch mich hat überrascht, daß es offenbar keine deutsche Direktinvestition in der Dritten Welt gibt, die solche Bedingungen erfüllt. Auch wenn ich niemandem raten möchte, die Entscheidung des Preisrichterkollegs zum Anlaß für eine generelle Polemik gegen Direktinvestitionen zu nehmen, so gibt der Vorgang doch zu denken. Allzu oft besteht eine Privatinvestition noch darin, daß eine Firma Ausrüstungen liefert und sich dann in Höhe des Gewinns an der neuen Anlage beteiligt. Und nicht jeder deutsche Unternehmer ist sich darüber klar, daß seine Investition umso sicherer ist, je fugenloser sie in die wirtschaftliche Planung des Entwicklungslandes paßt.

Es gibt Länder wie Zaire, die sich die größte Mühe geben, deutsche Privatinvestitionen ins Land zu ziehen. Präsident Mobutu fragt nicht ohne Ungeduld, wo die deutschen Unternehmer bleiben, die den großen Markt, die rasch wachsenden Energiequellen und die großzügigen Gesetze seines Landes nutzen wollen. Aber auch er wird darauf bestehen, daß z.B. Investitionen, die den riesigen Holzreichtum seines Landes nutzbar machen wollen, möglichst viele

Verarbeitungsstufen in seinem Land konzentrieren und daß die ökologischen Grundlagen seines Landes nicht durch Raubbau gefährdet werden.

Es ist nicht Sache der Bundesregierung, Investoren vorzuschreiben, welche Anlagen in Entwicklungsländern sie zu tätigen und welche sie zu unterlassen haben. Das tun zunehmend die Regierungen der Dritten Welt. Aber die Bundesregierung und der Bundestag müssen klarstellen, welche Investitionen sie steuerlich begünstigen wollen.

Nach Angaben des Finanzministeriums gingen von den Privatinvestitionen, die das Entwicklungshilfe-Steuergesetz fördert, im Jahre 1971 mehr als zwei Fünftel, 1972 sogar 62 vH. in Regionen, an die kaum jemand denkt, wenn er von Entwicklungsländern spricht. Allein Spanien und die Kanarischen Inseln absorbierten mehr als die Hälfte der mit etwa 250 Millionen DM Steuerverzicht geförderten Investitionen. In die 25 ärmsten Länder gingen 1972 nicht einmal eins vH. Direktinvestitionen.

Das Argument, das Gesetz sehe mit seinen Rücklagen überwiegend Steuerstundungen vor, sticht nicht. Bei den heutigen Zinssätzen spart der Investor mehr als 20 vH. der Investitionssumme. Auch der Hinweis, schließlich würden Unternehmer immer dort investieren, wo die nötige Infrastruktur vorhanden ist, also in fortgeschritteneren Ländern, ist kein Argument für die Weiterführung der gegenwärtigen Praxis. Wenn sich die Entscheidung des Unternehmers - verständlicherweise - an solchen Kriterien orientiert, wozu dann Steuersubventionen?

Wer sich dagegen wendet, daß der Staat hemmend eingreift, wo der Marktmechanismus funktioniert, wird nicht glaubwürdiger, wenn er Förderungsmaßnahmen verlangt, wo keine nötig sind.

Es gibt kein Industrieland, das ein solches Subventionsgesetz aufzuweisen hätte. Soll das Entwicklungshilfe-Steuergesetz verlängert werden, so muß es seinen Namen verdienen: es muß den Entwicklungsländern helfen. Es muß Quantität, Qualität und regionale Streuung von Investitionen beeinflussen.

Man braucht nicht noch mehr ins einzelne zu gehen - z.B. an die Tatsache zu erinnern, daß auf den Kanarischen Inseln hauptsächlich lukrative Immobilienprojekte auf diese Weise gefördert wurden -, um zu sehen, daß hier ein Gesetz ad absurdum geführt wurde. Die reichlichen öffentlichen Subventionen haben wenig dabei geholfen, Arbeitsplätze, Know how, Infrastruktur dort zu schaffen, wo sie am nötigsten gebraucht wurden, sondern sie kamen Unternehmen zugute, die aus anderen - sicher nicht ehrenrührigen, aber ebenso gewiß auch nicht entwicklungspolitischen - Motiven ihr Geld dort angelegt haben, wohin es wohl auch ohne dieses Gesetz geflossen wäre.

Diesem Zustand sollten wir ein Ende bereiten. Die Tatsache, daß kein anderes Industrieland ein vergleichbares Subventionsgesetz kennt, könnte uns die Entscheidung erleichtern. Wenn dieses Gesetz verlängert werden soll, dann muß es seinen Namen verdienen. Es muß den Entwicklungsländern helfen. (-/14.5.1973/bgy/ex)

Für Frieden und Zusammenarbeit

Überlegungen zum bevorstehenden Breschnjew-Besuch

Bonner Außenpolitiker werden von der Sorge getrieben, daß der Bonn-Besuch des KPdSU-Generalsekretärs Leonid Iljitsch Breschnjew, dessen politischen und historischen Wert sie nicht nachdrücklich genug herausstellen können, allzusehr auf das Thema Berlin eingeengt werden könnte.

Gewiß gibt es an der Bedeutung Berlins nichts zu dreher und zu deuteln und nichts zu verkleinern. War die Zweieinhalb-Millionen-Stadt mitten im DDR-Territorium während der Periode des Kalten Krieges ein Negativ-Kennzeichen für die damalige Unversöhnlichkeit der einander schroff gegenüberstehenden Standpunkte, so ist Westberlin heute und morgen in eine neue weltpolitische Position eingerückt: Gerade hier muß die west-östliche Entspannung am deutlichsten werden, hier muß sich die Festigkeit der von Westen und Osten getragenen Friedenspolitik am stärksten bewähren.

Jedermann muß es überdies völlig klar sein, daß er sich nicht der Illusion hingeben darf, Berlin wäre politisch und wirtschaftlich und kulturell "trocken zu legen". Die Auseinandersetzung über die "Bindung" Westberlins an die Bundesrepublik, ein integrierter Teil der dreigliedrigen Berlin-Klausel - also plus Zugang und Außenvertretung -, läßt den Dissens erkennen, der nach wie vor zwischen dem Westen, hier vor allem der Bundesrepublik, und dem Osten insgesamt besteht. Richtig ist, daß Berlin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik ist und von ihr nicht regiert wird, aber daraus ergibt sich keine Unzulässigkeit der Bindung, die vielmehr sorgsam und bedächtig vorwärtsentwickelt werden muß, wobei kein Zweifel an der Abkommens- und Vertragstreue der Bundesrepublik bestehen kann.

Gewiß wird also das Berlin-Problem seine ihm zustehende Rolle bei den Bonner Gesprächen Breschnjews spielen, was auch dann der Fall gewesen wäre, wenn es den unglücklichen Verlauf der Ber-

liner Sowjet-Ausstellung nicht gegeben hätte, und wenn keine Schwierigkeiten bei der Aushandlung der Berlin-Klauseln für die Bonn-Moskauer Zusatzabkommen aufgetreten wären. Es ist anzunehmen, daß Breschnjew selber Wert darauf legt, dieses Problem ausführlich und ausreichend genug zu erörtern. Aber auch Berlin und gerade Berlin ist vor allem unter dem weltpolitischen Aspekt zu sehen, der dem ganzen Bonn-Besuch des ersten Mannes der Sowjetunion charakterisiert und seine Bedeutung gibt. Man sollte nicht vergessen, daß die Ostpolitik Willy Brandts mit dem Kardinalpunkt des Normalisierungs- und Kooperationsvertrags zwischen Bonn und Moskau den Weg frei gemacht hat für den großen Vorwärtsschub in der west-östlichen Verständigung, insbesondere im Zusammengehen zwischen den USA und der UdSSR in so wichtigen Bereichen wie SALT und den Rüstungsverringerungsbemühungen überhaupt.

Wenn man heute schon den Ablauf und das Ergebnis der Breschnjew-Brandt-Gespräche absehen will, dann dürfte zu erwarten sein, daß das Schlußkommuniqué die gesicherten politischen Beziehungen als Basis der Friedenserhaltung und Friedensstärkung mit der ökonomischen und sonstigen Zusammenarbeit als gemeinsame und zusammengehörige Ziele herausstellen wird. Der für Europa und die Welt kardinale Wert solcher feierlichen Versicherungen, die von beiderseitig festem Willen getragen werden, sollte uns helfen, den Blick nach vorn zu richten: in der Entschlossenheit, unsere Positionen klar und hart zu verteidigen, aber auch mit dem Versprechen, unseren sicher nicht kleinen Teil dazu beizutragen, daß Frieden und Zusammenarbeit die tragenden und stützenden und abschirmenden Begriffe und Werte unserer und der vor uns liegenden Zeit werden.

(ee/14.5.1973/bgy/ee)

+ + +

CDU fällt auch beim Sport nichts ein

SPD ist zu praktischen Förderungsmaßnahmen bereit

Bei Abendessen und Geplauder werden CDU und CSU am Donnerstag einem Kreis ausgesuchter Journalisten ihre Neuauflage des in der vergangenen Legislaturperiode veröffentlichten sogenannten Bundes-sportplanes offerieren. Der noch amtierende Parteigeneralsekretär Dr. Konrad Kraske, der bisher lediglich mit der Forderung nach mehr Geld für die Weltmeisterschafts-Stadien 1974 in Erscheinung getretene Sportausschuß-Vorsitzende Dr. Hans Evers und der CSU-Politiker Richard Stücklen wollen mit diesem Konzept offenbar einen Kurs auf sportpolitische Anpassung an die Regierungsparteien steuern. Man braucht nicht erst die Veröffentlichung und die Einbringung dieses Antrages im Bundestag abzuwarten; schon eine Vorabprüfung ergibt: Keine neuen sportpolitischen Weisheiten.

Tatsächlich muß es CDU und CSU schwerfallen, der kontinuierlichen Sportförderung der SPD/PDP etwas realistisches entgegenzustellen. In Zahlen und Fakten läßt sich nachweisen, daß es mit der Sportförderung des Bundes erstmals aufwärts ging, als die SPD 1966 Regierungsverantwortung übernahm.

Bundeskanzler Willy Brandt hat die sportpolitischen Notwendigkeiten dieser Legislaturperiode sachgerecht dargelegt: "Schwerpunkte sehe ich vor allem in der stetigen Verbesserung des Schul- und Hochschulsports, dem Bau weiterer Spiel-, Sport- und Freizeit-anlagen für alle Altersgruppen unserer Bevölkerung, wobei wir besonders an unsere Mitbürger denken müssen, die der Rehabilitation und der Resozialisierung bedürfen. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, daß wir für den Schul-, Vereins- und Leistungssport über eine ausreichende Zahl von Sportpädagogen, Trainern und Übungsleitern verfügen."

Eine sinnvolle Sportpolitik ist nur dann gewährleistet, wenn sie den gesamtstaatlichen Notwendigkeiten entspricht. Mit Separat-aktionen ist heute keinem mehr geholfen. Aus diesem Grunde wird die SPD ihre sportpolitische Konzeption "Sport und Staat 70" in weiterentwickelter Form als wirkungsvollen Beitrag für die künftige umfassende Arbeit der Deutschen Sportkonferenz einbringen. Eine ad-hoc-Kommission hat inzwischen sinnvolle Vorschläge für eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten dieses gesamtgesellschaftlichen Gremiums vorgelegt.

Die Deutsche Sportkonferenz bedarf dem Ausbau zum Ort für die Abstimmung aller Sportförderungsmaßnahmen in der Bundesrepublik. Von den staatlichen Organen und den Sportorganisationen gleichermaßen gewollt, muß die DSK auch durch praktische Maßnahmen unterstützt werden.

Die SPD ist hierzu bereit.

(es/14.5.1973/bgy/ex)

+ + +

### Die CSU treibt illusionäre Politik

Bayerns Landesentwicklungsplanung gerät in Gefahr

Von Dr. Helmut Rothenmund

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Bayern

Der CSU-Politiker Streibl, seines Zeichens bayerischer Landesentwicklungs- und Umweltminister, macht wieder von sich reden. Nicht etwa durch die seit langem überfällige Vorlage eines konkreten Landesentwicklungsplanes für Bayern oder durch die Unterstützung realer Reformen etwa auf dem Gebiet des Bodenrechts oder des Stadtverkehrs. Keineswegs! Hier hat er nach fast zweijähriger Ministertätigkeit nur Fehlanzeigen zu erstatten - mühsam durch bunte Plänchen und Broschüren kaschiert. Meint Herr Streibl macht sich durch eine rüde Dauerpolemik interessant, die er gegen Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel in dessen Eigenschaft als Raumordnungsminister führt. Offenbar will er dadurch auch seinen infolge seines sachlichen Versagens gesunkenen Kurswert im Gerangel der möglichen CSU-Kronprinzen wieder etwas aufbessern.

Im Rahmen seiner polemischen Kampagnen hat Streibl sich in der letzten Woche mit der Behauptung, Dr. Vogel wolle ein Drittel Bayerns zum Kartoffelacker machen, selbst übertroffen. Natürlich will Dr. Hans-Jochen Vogel das nicht!

Worum geht es in Wahrheit? Es geht darum, daß weite Teile Ostbayerns in den vielen Jahren der CSU-Herrschaft hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben sind. Ihre Bevölkerungszahl stagniert oder ist sogar rückläufig. Junge Menschen wandern in die Verdichtungsgebiete ab, weil sie dort bessere Aufstiegschancen sehen. Die Löhne bleiben hinter dem Landes- und Bundesdurchschnitt zurück. Die Ausstattung dieser Gebiete mit Schulen, Straßen, Krankenhäusern und anderen Gemeinschaftseinrichtungen ist schlechter als in den anderen Landesteilen.

Die bayerische CSU-Regierung hat diese Dinge lange treiben lassen und durch ihre Blindheit gegenüber den modernen Entwicklungen noch verschlimmert. Auch die früheren Bundesregierungen haben über viele Jahre hin nur schöne Worte gefunden. Erst wäh-

rend der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel sind Bundesmittel in erheblichem Umfang in diese Gebiete geflossen. Allein im Rahmen der regionalen Aktionsprogramme sind auf diese Weise in den Jahren 1969 bis Mitte 1972 Investitionen mit einem Volumen in Höhe von 4,7 Milliarden DM gefördert worden. Auch der Autobahnbau wurde forciert; so wurden unter anderem die Strecken Nürnberg-Regensburg fertiggestellt. Diese Aufbau-Politik muß fortgesetzt werden. Sie genügt aber noch nicht, um die Abwanderung aus Niederbayern, der Oberpfalz und Teilen Oberfrankens zum Stehen zu bringen. Alle Erkenntnisse stimmen nämlich darin überein, daß die Menschen vor allem deshalb abwandern, weil sie die Bildungs-, Dienstleistungs- und Arbeitsmöglichkeiten vermissen, die üblicherweise erst in größeren urbanen Zentren zu finden sind. Deshalb sehen Sachverständige ganz ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit in der Entwicklung solcher Oberzentren den eigentlichen Schlüssel zur Lösung des Problems.

Dr. Vogel hat sich als zuständiger Bundesminister nach Prüfung der bisher geleisteten Vorarbeiten dieser Auffassung angeschlossen. Das bedeutet keineswegs, daß er Klein- und Mittelzentren vernachlässigen will. Im Gegenteil: Die Erfahrung beweist, daß sich Klein- und Mittelzentren im weiteren Einzugsbereich eines kräftigen Oberzentrums am besten entwickeln. Und Dr. Vogel tritt auch immer wieder dafür ein, daß diese Zentren die notwendige Grundausstattung erhalten.

Wogegen er sich zu Recht wehrt, ist die illusionäre und irreführende Behauptung, man könne in Bayern 509 zentrale Orte in gleicher Weise über die Grundausstattung hinaus fördern und unterstützen. Das wäre die Fortsetzung des unseligen Gießkannenprinzips, mit dem die CSU seit jeher, so etwa in der Schul- und Landwirtschaftspolitik, mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat. Das würde auch ein böses Erwachen derer geben, bei denen jetzt durch die Aufnahme in den inflationären Katalog der zentralen Orte irrealer Hoffnungen geweckt werden.

Dr. Vogel hat dem CSU-Politiker Streibl mehrfach eine sachliche Zusammenarbeit im Interesse Bayerns angeboten. Streibls Antwort besteht bisher leider nur in unqualifiziertem Schimpfen. Das charakterisiert ihn und seine Partei. Die SPD und Dr. Vogel werden sich dadurch von einer sinnvollen und vernünftigen Raumordnungs- und Landesentwicklungspolitik für ganz Bayern im allgemeinen und für Ostbayern im besonderen nicht abbringen lassen.

(-/14.5.1973/bgy/va)